

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 73 (1986)
Heft: 10

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geplante Beschränkung der Zahl ausländischer Schüler und Studenten: Alarmruf der Privatschulen in der Westschweiz

Die leitenden Persönlichkeiten der Privatschulen in der Westschweiz haben gegen den Bundesverordnungsentswurf über die Beschränkung der Zahl ausländischer Schüler und Studenten in der Schweiz protestiert.

Wie der Präsident des westschweizerischen Verbandes der Privatschulen, *Prosper Bagnoud*, ausführte, könnten im Falle einer Gutheissung des Verordnungsentwurfs durch den Bundesrat ausländische Schüler über 16 Jahre nicht mehr die Privatschulen in unserem Land besuchen. Im weiteren müssten Privatschulen, die nicht einen kompletten Unterricht vermitteln, sondern Sprachkurse erteilen, auf ausländische Schüler verzichten. Nach der Ansicht Bagnouds würde die Anwendung der neuen Verordnung schwere, sogar *katastrophale Folgen für die Privatschulen in der Westschweiz* haben. Allein im Kanton Waadt wären 33 der 55 Schulen betroffen. Elf von ihnen müssten die Türen schliessen, was zu einem Verlust von 370 Lehrstellen und Arbeitsplätzen (von insgesamt 1200) führen würde.

Jean-Jacques Cevey sorgte für eine gewisse Herabstimmung der dramatischen Akzente, indem er darauf hinweis, dass es sich bei der Verordnung um einen von Beamten der Bundesverwaltung ausgearbeiteten Entwurf handle, der den Kantonen zur Begutachtung vorgelegt worden sei und der *im Schoss des Bundesrates noch nicht Gegenstand einer vertieften Diskussion* gebildet habe. So blieben die Wege zu einer vernünftigen Lösung offen.

Ein Wirtschaftsfaktor

Die Privatschulen in der Westschweiz stellen einen wichtigen ökonomischen und kulturellen Faktor dar. Ihre Bedeutung ist *im Ausland eher besser bekannt als in der Schweiz*. Von den nahezu 500 Privatschulen mit 85 000 Schülern in unserem Land befinden sich etwa zwei Drittel im Welschland, das im Instituts- und Internatswesen eine *altetablierte und solide Position* besitzt.

Widerspruch auch der Universitätsrektoren

Die im Bundesverordnungsentswurf vorgesehene Beschränkung der Zulassung ausländischer Studenten zu den Universitäten in der Schweiz auf Bewerber unter 22 Jahren hat ebenfalls zu einer Abwehrbewegung im Welschland geführt. Direktoren der *vier Universitäten der Westschweiz* liessen sich mit einem geharnischten Protest vernehmen, unterstützt von der Mehrheit der Presse. Die Welschen sind stolz auf die internationale Ausrichtung der vier kantonalen Universitäten und der in Genf besonders zahlreichen Institute mit Universitätsniveau, die zusammen mit den Privatschulen als Ausdruck des *«génie propre»* und der kulturellen Eigenständigkeit gelten.

1985/86 «kippten» die Schüler- und Studentenzahlen

Zwei Entwicklungen setzten nach Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) 1985/86 bei den Schüler- und Studentenzahlen in der Schweiz ein: Im Kindergarten und in der 1. Primarklasse wurden, nach einer 15jährigen Schwundperiode, erstmals wieder mehr Kinder gezählt. In den Maturitäts- und Berufsschulen dagegen leiteten die ersten rückläufigen Schülerzahlen sowie der leichte Rückgang der Studienanfänger an den Universitäten das Ende eines historisch beispiellosen Booms in den nach-obligatorischen Ausbildungen ein. Beide Entwicklungen haben die gleiche Ursache: Die geburtenstarken Jahrgänge verlassen die Ausbildungen der Sekundarstufe II, treten zum grossen Teil ins Erwerbsleben über, und erweitern zahlenmässig die Elterngeneration, was wiederum die steigenden Geburtenziffern seit 1979 erklärt.

Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt, waren 1985/86 123 000 Kinder im *Kindergarten* eingeschrieben. Zwischen 1980 und 1984 schwankte diese Zahl jeweils um 120 000. Ein weiteres Wachstum kann erwartet werden. Da das zweite Kindergartenjahr zusehends zum Normalfall wird, ist auch von dieser Seite eine Expansion der Bestände nicht auszuschliessen.

Wegen des Geburtenrückgangs Ende der 60er und in den 70er Jahren entleert sich seit Mitte der 70er Jahre die *obligatorische Schule*. Das Ende des Schülerrückgangs zeichnet sich indessen ab: 1985/86 besuchten mehr Kinder als im Vorjahr die 1. Primarklasse. Mit +0,2 % war die Zunahme freilich äusserst bescheiden; sie signalisierte jedoch die Umkehr der bisherigen Entwicklung. Während der Gesamtbestand der obligatorischen Schule noch mehrere Jahre schrumpfen wird, setzt eine leichte Erhöhung der Schülerzahlen zunächst in den untern, ab 1990 dann in den oberen Klassen ein. In der zurückliegenden Dekade zwischen 1976–1985 verlor, nach Angaben des BFS, die obligatorische Schule 20 % ihrer Schüler. Der Bestand fiel von 904 000 auf 723 000 Schüler. Die Schulklassen verkleinerten sich von Jahr zu Jahr. Im schweizerischen Mittel zählte 1985/86 eine Schulklasse auf der Primarstufe und Sekundarstufe I noch 19 Schüler (1977/78 betrug das Mittel 24 Schüler für Primarklassen, 22 Schüler für Schulklassen der Sekundarstufe I).

Auf der *Sekundarstufe II* hätten – allein aufgrund der Geburtenzahlen – die nach-obligatorischen Ausbildungen schon zu Beginn der 80er Jahre rückläufige Schülerzahlen aufweisen müssen. Der Rückgang verzögerte sich, weil die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge häufiger eine Berufsausbildung ergriffen oder eine weiterführende Schule besuchten. Und da nicht alle nach der obligatorischen Schule sogleich den gewünschten Ausbildungsplatz fanden, überbrückten sie die Wartejahre mit einer schulischen Zwischenlösung. Ohnehin versprach eine verlängerte Allgemeinbildung mehr Chancen auf dem Ausbildungs- und später auf dem Arbeitsmarkt. So erstreckte sich der Übergang der

geburtstarken Jahrgänge von den obligatorischen in die nach-obligatorischen Schulen über mehrere Altersjahre. Doch dürften von nun an die demographischen Faktoren die Entwicklung zunehmend beeinflussen. 1985/86 stellte das BFS rückläufige Schülerzahlen in der Berufsausbildung fest: Die rund 88 000 Eintritte lagen um knapp 2 % tiefer als im Vorjahr; noch minim war die Abnahme beim Gesamtbestand, er verringerte sich um 1000 auf 240 000 Schüler. Deutlicher fiel der Rückgang, der sich bereits im Vorjahr angekündigt hatte, bei den Maturitätsschulen aus: Die Eintritte sanken um gut 3 % auf 15 000, und der Gesamtbestand reduzierte sich um 2 % auf 54 500 Schüler.

Bereits manifestierte sich der Rückgang auch in den höheren Ausbildungen auf der *Tertiärstufe*. Im Studienjahr 1985/86 verzeichneten die schweizerischen Hochschulen erstmals weniger Studienanfänger als im Vorjahr (14 000 oder – 2 %); die Gesamtzahl der Studenten erhöhte sich allerdings noch um 3 % auf 74 800. Ungebrochen war das Wachstum dagegen in der höheren Berufsausbildung: Vollzeit-Schulen wie die Höheren Technischen Lehranstalten, die Technikerschulen, Hotelfachschulen oder die Ausbildungen für den Betriebsökonom HWV wiesen nicht nur mehr Eintritte als im Vorjahr, sondern auch grössere Gesamtbestände auf. Eine ausseruniversitäre Vollzeit-Schule auf der Tertiärstufe besuchten 1985/86 insgesamt 18 700 Absolventen (Vorjahr: 18 100). Bundesamt für Statistik

Schüler und Studenten, 1985/86

Schulstufen	Gesamtbestände		Eintritte
	1985/86	gegenüber Vorjahr (%)	gegenüber Vorjahr (%)
Vorschule			
Kindergarten	123 100	+ 2,0	...
Obligatorische Schule			
Primarstufe	376 500	– 2,3	+ 0,2
Sekundarstufe I	314 800	– 3,8	...
Sonderschulen	32 300	– 0,8	...
Sekundarstufe II			
Maturitätsschulen	54 500	– 1,8	– 3,3
Diplommittelschulen und andere allgemeinbildende Schulen	13 200	– 1,4	– 2,0
Unterrichtsberufe (Seminare)	9 200	– 7,7	– 13,1
Berufsausbildung	240 300	– 0,4	– 1,8
Tertiärstufe			
Universitäten, Hochschulen	74 800	+ 3,0	– 2,0
Höhere Berufsausbildung (nur Vollzeit-Schulen)	18 700	+ 3,6	+ 2,8

CH: «Verjüngungskur» für Pro Juventute?

Kaum ist der Streit um ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Hilfswerk «Kinder der Landstrasse» etwas abgeklungen, gerät die Stiftung Pro Juventute *erneut unter Beschuss*: Die Stiftungsgremien seien überaltert und erstarrt, dem Zentralsekretariat liefen die Mitarbeiter in Scharen davon, und heisse Eisen der Jugend- und Kinderpolitik packten meist andere an, kritisiert der «Schweizer Beobachter» in seiner jüngsten Ausgabe. Das Blatt fordert Rücktritte aus dem Stiftungsrat und grundlegende Reformen.

Im Stiftungsrat von Pro Juventute müssten gemäss Statuten «die verschiedenen Volksgruppen» vertreten sein. Nach dem «Beobachter» hebt sich die personelle Zusammensetzung der Stiftungsgremien in Wirklichkeit deutlich ab vom Volk und vom grossen Heer der Spender und «Märklickäufer»: Der sich selbst erneuernde Stiftungsrat bestehe weitgehend aus *älteren politischen Würdenträgern* sowie Wirtschafts- und Bankenvertretern.

Neue Lehrpläne für Informatik und Mathematik in der Innerschweiz

Die Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (IEDK) traf sich am 28. August zur Jahrestagung in Sempach. Die Konferenz beauftragte den Zentralschweizerischen Beratungsdienst für Schulfragen ZBS, ein IEDK-Lehrplanmodell «Informatik für die Orientierungsstufe» auszuarbeiten. In der kurzen Zeit, in welcher die Informatik in Gesellschaft und Berufswelt Einzug gehalten hat, hat sich das Verständnis für den Umgang mit den neuen informationstechnischen Hilfsmitteln bereits grundlegend geändert. Im innerschweizerischen Raume verbreitet sich zusehends die Überzeugung, dass den Schülern auf der Orientierungsstufe (7. bis 9. Schuljahr) eine Einführung in die Informatik erteilt werden sollte. Dafür werden nun Grundlagen erarbeitet, die eine gemeinsame Ausrichtung bei der Aus- und Fortbildung der Lehrer sicherstellen und ein gemeinsames Vorgehen zulassen.

Der Teillehrplan «Mathematik» für die Real- und Sekundarschulen sowie für das Untergymnasium wurde zur Erprobung in den Kantonen freigegeben. Im weiteren stimmte die IEDK dem Projektaufriß für einen Primarlehrplan «Mensch und Umwelt» zu und regelte die Empfehlungen an die Kantone zum Einsatz von Lehrern in regionalen Kommissionen neu. Schliesslich sollen nach Empfehlung der IEDK die Schulgeldbeiträge an die Schule für Gestaltung Luzern ab Schuljahr 1986/87 erhöht werden.

Verzeichnis der Berufe, Lehren und Prüfungen

In der Schweiz können rund 300 Berufe gelernt werden, von der Apothekerhelferin bis zum Ziseleur (Metallstecher). Dies geht aus dem vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) veröffentlichten *Berufs- und Titelverzeichnis* hervor. Das rund 100seitige, dreisprachige Verzeichnis gibt neben den Angaben über die Lehrberufe auch Auskunft über die 47 Berufsprüfungen und die 120 höheren Fachprüfungen. In der letzten Ausgabe gab es erst 38 Berufsprüfungen und 114 Meisterprüfungen. Das Verzeichnis zeigt im weiteren, dass die Lehre eines oder einer *kaufmännischen Angestellten* eindeutig an der Spitze steht. An zweiter Stelle steht der Beruf des *Elektromonteurs* und danach folgen Schreiner, Automechaniker, Koch, Mechaniker und Damencoiffeur. (Verkauf durch EDMZ, 3000 Bern)

Lehrerbildung: Einsetzung einer Arbeitsgruppe Fachdidaktik (AGF)

Das Problem, wie die Fachdidaktiker ausgebildet werden können und welchen Stellenwert die Fachdidaktik in der Lehrerbildung hat, beschäftigt die Koordinationsorgane schon lange. Um auf diesem Gebiet Verbesserungen zu erzielen und Erkenntnisfortschritte zu ermöglichen, hat der Vorstand der EDK anlässlich der letzten Sitzung ein entsprechendes Mandat verabschiedet und Herrn Prof. Dr. Walter Furrer vom Primarlehrerseminar des Kantons Zürich (Abteilung Irchel) zum Projektleiter bestimmt. Bis Herbst 1986 soll eine entsprechende Arbeitsgruppe konstituiert werden, der zum Studium und zur Erarbeitung von Problemlösungsbeiträgen zwei Jahre Zeit eingeräumt werden.

Die Romands verlangen mehr Hochdeutsch

Angesichts der fortschreitenden «Okkupation» auch der offiziellen Sphäre – Radio, Fernsehen, Schule, Kirche, Politik, Wirtschaft – durch die schweizerdeutschen Mundarten werden die Appelle der Romands zum Festhalten am Hochdeutschen dringlicher. So hat der Präsident der westschweizerischen Lehrervereinigung, Jean-Jacques Maspéro, in einem Brief an Bundespräsident Egli die Respektierung der Spielregeln im sprachlichen Verkehr zwischen Deutschschweizern und Romands verlangt.

Die westschweizerische Lehrervereinigung fasst in ihrer Eingabe ihre Forderungen in drei Punkten zusammen: Verzicht der Deutschschweizer auf den Gebrauch der Mundarten bei *offiziellen Treffen* mit Romands; Festhalten am Hochdeutschen in den *Schulen*, Universitäten und anderen Bildungsstätten der Deutschschweiz; Abgehen von der Praxis der systematischen Verwendung der Dialekte in Sendungen des *Radios und Fernsehens*, aber auch in den grossen *eidgenössischen Regiebetrieben* wie SBB und PTT. (NZZ vom 16.7.1986)

SLV für Arbeitszeitverkürzung

Die Delegierten des *Schweizerischen Lehrervereins (SLV)* haben sich in Aarau für eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. In einer mit 71 gegen 1 Stimme bei vier Enthaltungen verabschiedeten *Resolution* wird eine Verkürzung der Arbeitszeit im selben Umfang, wie sie den eidgenössischen und kantonalen *Beamten* zugestanden werde, gefordert, verbunden mit geeigneten und die Qualität der Schule sichernden Massnahmen.

Der Dachverband der kantonalen Lehrervereine mit 27 800 Mitgliedern stellt in der Resolution fest, dass die *Belastung* für Lehrer und Schüler seit Jahren zugenommen habe. Die Ansprüche und Erwartungen an die Schule seien gestiegen. Neue Unterrichtsinhalte forderten zusätzliche Vorbereitung. Die Schüler benötigten mehr Betreuung, die Eltern eine intensivere Beratung. Die erhöhten Ansprüche hätten in den letzten Jahren vermehrt zu Stresssituationen geführt, die sich nachteilig auf das *Arbeitsklima* in der Schule auswirkten und sowohl die psychische wie auch physische Gesundheit von Lehrern und Schülern belasteten.

Der Schweizerische Lehrerverein stelle mit Befremden fest, dass in einzelnen Kantonen die *Lehrerschaft* von der *allgemeinen Arbeitszeitverkürzung* ausgeschlossen bleiben soll. Er könne dies *nicht akzeptieren*.

BLICK ÜBER DEN ZAUN:

Streit um die Schöpfungsgeschichte in den USA

Der in den USA seit Jahrzehnten schwelende Streit um die Frage, ob der Mensch von Gott geschaffen wurde oder am Ende einer langen Evolutionsreihe steht, hat 72 amerikanische Nobelpreisträger zu einer engagierten Stellungnahme gegen die Schöpfungsgeschichte als «pseudowissenschaftliche Lehre» veranlasst.

In einer Eingabe an den Obersten Gerichtshof betonen sie, die Evolutionstheorie sei die einzige Erklärung für die Entwicklung des Menschen und sollte darum an den Schulen nicht bloss als eine von mehreren Möglichkeiten zusammen mit der biblischen Schöpfungsgeschichte gelehrt werden.

Anlass zur Stellungnahme der 72 Nobelpreisträger ist ein Verfahren, das zurzeit beim Obersten Gericht als höchster Berufungsinstanz anhängig ist. Dabei geht es um die Frage, ob ein Gesetz des Bundesstaates Louisiana verfassungsmässig sei, das den Lehrern vorschreibt, die Evolutionstheorie und die Lehre von der göttlichen Schöpfung gleichberechtigt nebeneinander darzustellen. Nach Ansicht der Wissenschaftler ist dies ein Verstoss gegen die von der Verfassung vorgeschriebene Trennung von Staat und Kirche, denn die Schöpfungsgeschichte sei nicht Wissenschaft, sondern Religion.

«Das Unterrichten religiöser Ideen, die fälschlich als Wissenschaft ausgegeben werden, läuft der wissenschaftlichen Erziehung diametral entgegen», argumentieren die Nobelpreisträger in ihrer Eingabe. «Es schafft einen falschen Konflikt zwischen Wissenschaft und Religion, führt unsere Jugend hinsichtlich der Natur wissenschaftlichen Forschens in die Irre und schadet dadurch unserer Fähigkeit, auf die Probleme einer zunehmend technisierten Welt zu antworten.»

Keine Schulnoten auf der Unterstufe in Österreich

Der österreichische Unterrichtsminister Moritz hat die Absicht bekundet, für die *ersten beiden Schuljahre* die Noten durch verbale Beurteilungen zu ersetzen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll noch in diesem Monat zur Begutachtung versandt werden. Die Beurteilungen sollen *individuell beschreibend* und ermutigend sein und den Volksschülern den Start in die neue Lebensphase erleichtern. Übereifrige Parteigänger des pragmatischen Sozialisten Moritz sehen in der Neuregelung eine Humanisierung des Schulalltags. Die ÖVP wehrt sich gegen den Verzicht auf Notengebung, weil sie die von Moritz vorgeschlagene Lösung nur als einen ersten Schritt zur Abschaffung der Noten schlechthin betrachtet, was dann wohl mit einer Senkung der Anforderungen verbunden wäre. Sehr umstritten ist unter Lehrern, ob sich eine in Worte gefasste Beurteilung wirklich noch von einer Note unterscheidet, wenn sich die neue Praxis einmal eingespielt hat.